



weydingerstrasse 14 - 16, 10178 berlin
tel 030 – 24 00 93 38
e-mail info@netzwerk-cuba.de
www.netzwerk-cuba.de
spendenkonto 323 33 100
postbank berlin (BLZ: 100 100 10)

Pressemitteilung

23.10.2011

Cuba legt der UN zum 20sten Mal eine Resolution zur Beendigung der gegen Cuba gerichteten US-Blockade zur Abstimmung vor. Das NETZWERK CUBA fordert Bundesregierung und EU-Staaten zur Zustimmung auf.

Am Dienstag, dem 25. Oktober 2011 wird es in der UN-Generalversammlung zu einer bemerkenswerten Abstimmung kommen. Zum 20. Mal in jährlicher Folge wird Cuba eine Resolution mit dem Titel „Notwendigkeit der Beendigung der Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade initiiert durch die Vereinigten Staaten von Amerika gegen Cuba“ präsentieren. Damit soll die Weltgemeinschaft die USA auffordern, ihre seit über 50 Jahren praktizierte Blockade gegen Cuba zu beenden. In dem zugrunde liegenden Bericht sind die vielfältigen Negativeffekte aufgeführt und kalkuliert, die auf Cuba lasten. Der finanzielle Schaden wird auf 104 Mrd. US\$ beziffert (unter Berücksichtigung des Kursverfalls des Dollars beträgt er gar 975 Mrd. US\$).

In der Resolution Cubas heißt es an zentraler Stelle: *„Die Blockade verletzt das Völkerrecht, widerspricht den Absichten und Prinzipien der Charta der Vereinten Nationen und stellt einen Verstoß gegen das Recht auf Frieden, auf die Entwicklung und auf die Sicherheit eines souveränen Staates dar. Ihrer Natur und ihren Zielen gemäß ist sie ein unilateraler Angriff und eine permanente Bedrohung der Stabilität eines Landes. Die Blockade stellt einen flagranten, massiven und systematischen Verstoß gegen die Menschenrechte eines ganzen Volkes dar. Sie verstößt ebenfalls gegen die verfassungsmäßigen Rechte des US-amerikanischen Volkes, denn sie verletzt seine Freiheit, nach Cuba zu reisen. Außerdem verstößt sie aufgrund ihres extraterritorialen Charakters gegen die souveränen Rechte vieler anderer Staaten.“*

Der Bericht liegt der UN seit Juli vor und enthält zahlreiche Fallbeispiele, welche US-Aktivitäten die Schäden in Cuba verursachen. Dazu gehören auch Effekte, die Drittstaaten betreffen, z.B. horrenden Strafzahlungen an die USA, wenn Finanztransfers mit Cuba erfolgen, oder wenn das dem eBay-Konzern zugehörige PayPal keine Onlinezahlungen für cubanische Produkte vornimmt bzw. solche Unternehmen die cubanischen Produkte aus seinem Sortiment nehmen muss.

Das NETZWERK CUBA e.V., eine Vereinigung von mehr als 40 Cuba-Solidaritätsgruppen in Deutschland, fordert die Bundesregierung und die anderen EU-Staaten auf, diese cubanische Resolution nicht nur zu unterstützen, sondern auf deren Umsetzung vor allem durch die US-Regierung zu drängen.

Für Rückfragen: Kristine Karch 0173 53 13 777 und Dr. Edgar Göll 0157-82421146